

PRESSEMITTEILUNG

Kommunale Finanzen in Baden-Württemberg – Größtes Defizit der Geschichte

Die baden-württembergischen Kommunen haben 2024 mit fast drei Milliarden Euro das größte Defizit ihrer Geschichte verbucht. Die Ursachen dieses Trendwechsels liegen in der hohen Inflation und der schwachen Konjunktur. Auch der Ausblick ist negativ. Vor diesem Hintergrund zeigt die Bertelsmann Stiftung Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage auf.

Gütersloh, 30. Juli 2025. Die Finanzlage der Kommunen ist im vergangenen Jahr eingebrochen. Die Steuereinnahmen sanken infolge schwacher Konjunktur. Die wichtigsten Ausgabearten wie Personal, Sachaufwand oder Soziales wachsen ungebrems. Infolgedessen verzeichnen die Kommunen Baden-Württembergs ein historisch schlechtes Ergebnis. Das sind einige zentrale Ergebnisse des neuen „Kommunalen Finanzreports 2025“ der Bertelsmann Stiftung.

Auch der Ausblick für die kommenden Jahre ist verhalten. Die strukturellen Probleme zum Beispiel der Sozialausgaben sind ungelöst, die Inflation hat das Ausgabeniveau dauerhaft erhöht, die Konjunktur bleibt schwach. Brigitte Mohn, Vorständin der Bertelsmann Stiftung, sagt: „Das Defizit des Jahres 2024 markiert eine Zeitenwende, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig infrage stellt. Kommunen schultern über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen eine Staatsreform, weil die Kommunen diese wichtigen Aufgaben sonst nicht mehr wahrnehmen können. Auch Bund und Länder müssen sich für eine dauerhafte Verbesserung der kommunalen Situation engagieren. Die Aufgaben für die Kommunen sind aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen zu aufwändig. Es braucht die eindeutige Finanzierungsverantwortung beim Bund.“

Flächendeckend rote Zahlen in Baden-Württemberg

Die Kommunen Baden-Württembergs insgesamt erzielten zwischen 2010 und 2023 nahezu durchgehend Überschüsse. Doch bereits ab 2020 basierten diese auf Sondereffekten wie Hilfsprogrammen von Bund und Ländern. Im Jahr 2024 stand erstmals nach 14 Jahren wieder ein substanzielles Minus von fast drei Milliarden Euro. Diese Defizite traten in der großen Mehrheit der Gemeinden auf. Nur noch jede fünfte Stadt plant für das laufende Jahr einen ausgeglichenen Haushalt.

Ausgaben laufen davon

Anders als in früheren Krisen liegt die Ursache in erster Linie in der Entwicklung der Ausgaben, die allein 2024 im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent zulegten. Die Personalausgaben haben sich binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt, was eine Folge des Stellenwachstums und hoher Tarifabschlüsse ist. Der laufende Sachaufwand, zum Beispiel für die Bewirtschaftung der Gebäude, die Kosten für Dienstleistende oder Büroausstattung wird durch die Inflation getroffen und stieg um über 50 Prozent in vier Jahren. Auch die Sozialausgaben in Baden-Württemberg verzeichneten binnen vier Jahren einen Sprung um 40 Prozent auf fast zehn Milliarden Euro. Die Kommunen tragen ein großes Spektrum sozialer Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber oft nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert sind. „Daher brauchen die Kommunen eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Investitionen in Baden-Württemberg weiterhin hoch

Die Städte, Kreise und Gemeinden sind verantwortlich für wichtige Infrastrukturen, die sowohl die Lebensqualität für Bürger:innen als auch die Standortqualität für Unternehmen definieren. Der Aus- und Umbau dieser Infrastrukturen ist essenziell für die Transformation. Zwar verzeichneten in Baden-Württemberg die Investitionen 2024 einen Rekord von acht Milliarden Euro. Allerdings werden diese Ausgaben durch besonders hohe Inflationsraten der Baubranche überlagert. Im regionalen Vergleich stehen die baden-württembergischen Kommunen seit Jahren auf Rang zwei hinter denen Bayerns. Am anderen Ende kristallisieren sich mit dem Saarland, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen über die Zeit Regionen heraus, die infrastrukturell immer weiter zurückfallen. „Ob die hohen Investitionen angesichts der aktuellen Haushaltslagen gehalten werden können, ist fraglich. Die Kommunen brauchen zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Transformation“, sagt Kirsten Witte.

Steuern sinken infolge schwacher Konjunktur

Die lange Zeit hohe Wachstumsdynamik der kommunalen Steuern (von 2014 zu 2024 sind die kommunalen Steuereinnahmen bundesweit um 60 Prozent gestiegen) kam 2024 vor dem Hintergrund der schwachen wirtschaftlichen Lage zum Erliegen. Im Jahresvergleich ergab sich sogar ein Rückgang. „Baden-Württembergs Wirtschaft ist exportorientiert und leidet daher an den geopolitischen Spannungen. Das trifft besonders die Gewerbesteuer“, sagt René Geißler, Mitautor der Studie und Professor für öffentliche Verwaltung an der Technischen Hochschule Wildau. Gleichwohl sind die Gemeinden im regionalen Vergleich noch immer steuerstark. Stuttgart und Böblingen gehören zu den bundesweit stärksten Kommunen überhaupt.

Kassenkredite fast unbekannt

Die Kassenkredite, gewissermaßen der Kommunale Dispo-Kredit, sind primär Folge von Haushaltsdefiziten und gelten seit jeher als zentraler Krisenindikator. Nach sieben Jahren des Abbaus steigen diese seit 2023 bundesweit wieder an. Die Problematik konzentriert sich immer stärker auf Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg war dieses Problem viele Jahre unbekannt. In den vergangenen drei Jahren sind die Kassenkredite auf niedrigem Niveau gestiegen, auf aktuell 1,7 Milliarden Euro. „Die Schuldenbelastung der Kommunen ist dennoch weiterhin gering“, sagt René Geißler.

Handlungsansätze zur Finanzierung der Transformation erforderlich

„Nicht nur hohe Defizite und ein bundesweiter Investitionsstau von 215 Milliarden Euro belasten die kommunalen Haushalte. Zusätzlich sind umfangreiche Investitionen in die Klimaanpassung der kommunalen Infrastruktur notwendig, um einen substanziellen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase zu leisten“, betont Kirsten Witte. „Angesichts der aktuellen Finanzlage werden die Kommunen die dafür notwendigen Mittel nicht allein aufbringen können. Auch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird diese Bedarfe nur teilweise decken. Deswegen sind weitere langfristige Ansätze zur Finanzierung notwendig“, fordert Witte. Der neue Kommunale Finanzreport zeigt dazu die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze auf, wie beispielsweise ein gemeinsames Bund-Länder-Sondervermögen oder ein privat-öffentlicher Zukunfts- und Transformationsfonds. Darüber hinaus bleibt es unerlässlich, dass die dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen durch langfristige Strukturreformen behoben wird.

Zusatzinformationen:

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint seit 2008 alle zwei Jahre. Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitet.

Ansprechpartner:innen:

Dr. Kirsten Witte, Telefon: 0173-5239924

E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142

E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

